Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern monatlich 0,40 Mk. erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 20. April 1929 — Nummer 92

Die SPD würgt Kinderspeisung ab!

Antwortet auf diesen neuen Schandstreich durch die Wahl der Liste 5!

Beschluß des Reichstagsausschusses:

Statt 5 Millionen für Kinder 100 Millionen an Großagrarier!

Berlin, 19. April. (Eig. Bericht.)

Der Haushaltausschuß des Reichstages behandelte am Mittwoch und Donnerstag den Haushalt für Ernährung und Landwirtschaft. Die Kommunisten hatten den Antrag eingebracht, 5 Millionen für Kinderspeisungen in den Etat einzustellen. Zu diesem Antrag sprach für die kommunistische Fraktion Genosse Hoernle, der wirkungsvoll die Notwendigkeit der erhöhten Kinderspeisung begründete. Nach Schluß der Rede des Genossen Hoernle fragt der Vorsitzende des Haushaltausschusses, der Sozialdemokrat Heimann: **„Wünscht sonst noch jemand das Wort?"** Da ruft Genosse Stoecker der Sozialdemokratin Frau Wurm zu: „Das Wort hat Frau Abgeordnete Wurm."

Frau Wurm und die übrigen Sozialdemokraten hüllten sich in eisiges Schweigen.

Der Sozialdemokrat Heimann ließ abstimmen, **und das Resultat war:**

Der kommunistische Antrag wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt.

Folgende Sozialdemokraten scheuten sich nicht, gegen den Antrag zu stimmen, den sie mit als Grundlage für ihren Wahlkampf gegen das Zentrum benutzten: Breitscheid, Luise Schröder, Hertz, Aufhäuser, Frau Wurm, Schmidt-Köpenick, Heimann, Moses, Stücklen und Seppel. Nach der Abstimmung stimmten die bürgerlichen Abgeordneten ein tumultuarisches Gelächter an. Mit Recht, denn in dieser Situation mußten sie alle daran denken, wie die Sozialdemokraten im Wahlkampf in allen Städten und Dörfern, auf Plakaten und Möbelwagen ihre Losungen durch die Straße führten: „Anstatt Panzerkreuzer — Kinderspeisung!"

In der gleichen Sitzung des Haushaltausschusses legte der Koalitionskollege Herm. Müllers, Reichsernährungsminister Dietrich, einen 5-Jahresplan für die Landwirtschaft vor, durch den noch mal 100 Millionen in Jahresraten von rund 20 Millionen verpulvert werden, und zwar lediglich als Liebesgaben für die Junker. Bemerkenswert, daß sich bei dieser Gelegenheit Herr Dietrich bei den Landjunkerern v. Schiele und v. Richthofen entschuldigte, daß er leider nicht mehr tun könne. Daß es der Regierung lediglich darauf ankommt, den Großagrariern zu helfen, beweist auch die Tatsache, daß alle kommunistischen Anträge zur Beseitigung der Warennot der kleinen Bauern abgelehnt wurden. Der Ernährungsetat der Hermann-Müller-Regierung zeigt noch deutlicher als selbst der Etat des Bürgerblocks, daß die Regierung alles tut, um die Großproduzenten zu unterstützen, damit diese in der Lage sind, die arbeitenden Massen besser auszuwuchern.

Man erinnert sich noch der Wahlplakate der SPD:

**„Eure Kinder klagen euch an, wenn ihr den Panzerkreuzerparteien eure Stimme gebt.
Wer gegen Panzerkreuzer ist, wählt SPD!"**

So versprachen die Sozialdemokraten es vor dem 20. Mai, genau so, wie sie jetzt vor den Landtagswahlen zahllose Versprechungen machen. Aber die Panzerkreuzer werden unter Zustimmung der sozialdemokratischen Minister gebaut. Rechte und linke Sozialdemokraten beschließen gemeinsam die Erhöhung des Zuckerzolles, die Erhöhung des Maiszolles, die Drosselung der Einfuhr von billigem Fleisch. Die „linke" **Toni Sender** war es, die zur Begründung der Zollerhöhung für Zucker und Mais vorgeschoben worden war und diese Rolle **übernommen hatte.** Jede Stimme für die SPD erwies sich **als eine Stimme für** den Panzerkreuzerbau, für den Mundraub **an den Kindern** der werktätigen Bevölkerung, **für den Raub der Unterstützung** der Erwerbslosen. Zusammen **mit den Bürgerblockparteien** führen rechte und linke Sozialdemokraten **unter Bruch** aller Versprechungen und **Zusicherungen** — gegen gute Bezahlung — die **Plünderung der werktätigen** Massen zugunsten der Trusts und der Großgrundbesitzer durch.

Deswegen keine Stimme am 12. Mai den Wortbrechern, keine Stimme den Parteien des Bürgerblocks und der SPD!

Jeder Werktätige wählt am 12. Mai die Kommunistische Partei Deutschlands: Liste 5!

Ein neuer Trick der Regierungssozialisten

Keine Wehrdebatte im Reichstag vor dem Parteitag der SPD?

Berlin, 19. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, setzen die Sozialdemokraten alles daran, um zu erreichen, daß die Aussprache über das Wehrministerium im Haushaltausschuß des Reichstages nicht mehr vor dem SPD-Parteitag beginnt. Ob ihnen jedoch die Verhinderung dieser Aussprache gelingen wird, ist noch fraglich, da dies eine Verschleppung der Beratungen auch für die anderen Ministerien bedeuten würde. Tatsächlich ist bisher noch nicht in Erfahrung zu bringen, wann die Beratung des Reichswehretats im Ausschuß beginnen soll. Die „linken" Sozialdemokraten sind mit der Verschleppung selbstverständlich einverstanden, da es für sie dann leichter ist, auf dem Parteitag „radikale" Töne zu reden und nachher dem Aufrüstungsetat Groeners, dem auch die „Linken" vor kurzem ausdrücklich ihr Vertrauen aussprachen, zuzustimmen. Man würde durch die Verschleppung ebenfalls einer Debatte über den Panzerkreuzer A und die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus dem Wege gehen.

Dieser schuftigen Taktik leisten die sächsischen „Linken" Vorspanndienste! Gebt ihnen am 12. Mai die Antwort:

Wählt Liste 5, Kommunistische Partei!

Polizei machtlos bei Arbeiterdemonstration

Die Berliner Arbeiter erobern sich die Straßen

Berlin, 20. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Berliner Arbeiter lassen sich nicht die Straße nehmen, das bewiesen die Kundgebungen der Weddinger und Neuköllner **Proletarier gestern abend. Durch zahlreiche Straßen des Wed**dings bewegte sich ein großer Arbeiterumzug, der aus den Häusern mit Begrüßungsrufen überschüttet wurde. Kaum bekam ihn die Schupo zu sehen, da flogen schon die Gummiknüppel. Als nun gar einige verwilderte Polizeielemente noch ihre Revolver zogen, um die Menschen **wahllos niederzuknallen,** wurden ihnen die Schießeisen abgenommen und dadurch **ein Blutbad** verhindert.

In der Umgebung des Neuköllner Wasserturmes fanden sich gestern abend weit über 1000 Neuköllner Arbeiter zu einem großen Platzkonzert zusammen, das die Musikkapelle mit dem Spiel der Internationale eröffnete. **Ein Arbeiter sprach gegen** das Zörgiebel-Verbot und **proklamierte unter stürmischem Beifall die Freiheit der Straße am 1. Mai. In Achterreihen marschierend zogen die Versammelten, die schnell starken Zuzug bekamen, zur Bergstraße. Schon rasten Polizeiautos heran, deren Insassen die Massen auseinanderzuschlagen versuchten, ohne verhindern zu können, daß sich die Arbeiter immer wieder zusammenfanden und in Hochrufe auf die Kommunistische Partei ud die Maidemonstration ausbrachen.**

Eine eindrucksvolle Demonstrationskundgebung veranstalteten vorgestern auch die Lichtenberger Arbeiter. Auch hier führte die Polizei Zusammenstöße herbei. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die „Linken" für die Koalition!

Mit strupelloser Heuchelei entrüstet sich die SPD-Presse über die Ablehnung des brandleristischen Einheitsvorschlages durch die Kommunistische Partei und sucht daraus zu „beweisen", daß die Kommunisten in Sachsen „Wahlhelfer der Reaktion" seien. Nunmehr veröffentlicht Seydewitz in der von den Linken herausgegebenen Zeitschrift „Klassenkampf" einen Artikel: „Das Kampfziel in Sachsen", der zeigt, wohin der Kurs der sächsischen SPD geht. Vergeblich versucht Seydewitz in diesem Artikel das Bekenntnis zur Koalitionspolitik hinter einem Schwall scheinradikaler Phrasen zu verbergen. Liest man diesen Artikel genauer durch, so zeigt sich, daß hier einer der prominentesten „linken" sozialdemokratischen Führer die Koalition in Sachsen als das Kampfziel der Sozialdemokratischen Partei bezeichnet. Seydewitz schreibt in diesem Artikel:

„Sie (die sächsischen Sozialdemokraten) sind gegen jede bedingungslose Regierungsbeteiligung und vertreten ganz allgemein die Auffassung, daß einzig und allein von dem, was durch die Uebernahme der Regierung von den proletarischen Forderungen verwirklicht wird, die Stellungnahme zur Regierungsfrage abhängig ist."

Hier wird offen ausgesprochen, daß die sächsischen Sozialdemokraten nur gegen jede bedingungslose Regierungsbeteiligung sind, daß sie also den Bürgerlichen bestimmte Bedingungen stellen werden, unter denen sie bereit sind, **mit ihnen gemeinsam den Arbeitern das Fell über die Ohren zu ziehen.** Noch klarer diesen Gedanken auszusprechen, können die Linken freilich nicht wagen. Aber der Artikel von Seydewitz bildet bereits den Uebergang von der scheinradikalen Oppositionsstellung der SPD vor der Landtagsauflösung zu jener Haltung, aus der heraus die Bildung der Koalition auch in Sachsen geschehen wird. Immerhin ist das Eingeständnis deutlich genug, um den Schwindel der SPD-Presse zu entlarven.

Die Linken sind heute schon fest entschlossen, die Koalition mit den Bürgerlichen einzugehen, und es ist darum ein aufgelegter Schwindel mit dem Geschrei: „Haltet den Dieb!" die Kommunistische Partei für diesen Verrat verantwortlich machen zu wollen.

Uebrigens handeln die Linken streng nach den Anweisungen, die ihnen der Parteivorstand sofort nach Auflösung des Landtages gegeben hat: keine Polemik mehr gegen die Koalitionspolitik, mindestens aber keine grundsätzliche Stellung dagegen! Langsame und geschickte Vorbereitung der Arbeiter auf die Koalitionspolitik nach den Wahlen. So war es kein Zufall, sondern eben die Folge dieser Anweisung, daß der Wahlaufruf der SPD in Sachsen kein Wort mehr gegen die Koalition enthielt.

Aber auch auf seiten der bürgerlichen Parteien baut man von der anderen Seite die Brücken zur Koalition.

Der Vorschlag der Deutschnationalen auf Aufstellung einer einheitlichen Bürgerblockliste ist **eben deshalb nicht angenommen** worden, weil das die Bildung der Koalition **nach den Wahlen** nur erschweren würde. Die Volkspartei hat sich lediglich zu einem gewissen Burgfrieden der bürgerlichen Parteien unter einer ganz allgemeinen Wahlparole bereitgefunden. Die Demokraten haben sogar das abgelehnt. Auch hier hält man schon jetzt die Türen für die sozialdemokratischen Koalitionspartner von morgen offen.

Jetzt aber steht die Frage klar. Mit vollen Segeln steuern die Linken nach den Anweisungen des Parteivorstandes auf die Koalition in Sachsen zu. Sie bestätigen damit die Feststellung des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD zu den Sachsenwahlen:

„Die „linke" Sozialdemokratie ist mit solchen Taten schon jetzt die beste Stütze der Koalitionspolitik im Reiche."

Wer bei den Wahlen am 12. Mai der Sozialdemokratie seine Stimme gibt, der hilft mit, die gleiche verräterische Koalitionspolitik, wie sie die Hermann Müller, Severing und Konsorten im Reiche durchführen, auch in Sachsen vorzubereiten. Nicht die Kommunisten, die als einzige den grundsätzlichen Kampf gegen die Koalitionspolitik, gegen die Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind führen, sondern

die Sozialdemokraten sind die Helfer der Reaktion!

Für die klassenbewußte Arbeiterschaft Sachsen gibt es auf das Eingeständnis des „linken" Seydewitz nur eine einzige Antwort:

Wählt am 12. Mai die Liste 5 der Kommunistischen Partei!

Wie die „Linken" ihre Anhänger belügen

Am 16. April hat die sozialdemokratische Fraktion im Preußischen Landtag restlos für die Gewerbesteuer der freien Berufe gestimmt.

In der Ausgabe vom 13. April schreibt der linkssozialdemokratische „Klassenkampf" in einer Antwort auf eine Frage:

„H. H., Berlin. Wir sind nicht für die Gewerbesteuer der freien Berufe. Ihre Befürchtungen wegen des „Vorwärts"-Artikels in dieser Frage scheinen nicht berechtigt."

Tags darauf stimmte man für die Gewerbesteuern. Woraus man sehen kann, daß ein echter „linker" Sozialdemokrat nicht einmal solange Zeit braucht, wie ein sozialdemokratischer Reichskanzler, um seine Versprechungen zu vergessen und das gegebene Wort zu brechen.

Hand- und Kopfarbeiter, zieht eure Schlüsse daraus! **Wählt** am 12. Mai **keine** rechten und „linken" **Sozialdemokraten, sondern nur**

Kommunisten, Liste 5!